

An

Antrag

auf Erteilung einer Erlaubnis für die Durchführung einer Veranstaltung auf öffentlichem Verkehrsgrund nach § 29 StVO (**erlaubnispflichtiger Umzug**)

[Eingangsvermerk:]

Antrag

auf Anordnung verkehrsregelnder Maßnahmen (**Straßensperrungen / Geschwindigkeitsreduzierungen**) nach § 45 StVO im Rahmen einer Veranstaltung sofern eine Erlaubnis nach § 29 StVO nicht erforderlich ist.

zur verkehrsrechtlichen Anordnung und ggf. zur Weiterleitung

Anzeige

einer nicht erlaubnispflichtigen Veranstaltung auf öffentlichem Verkehrsgrund (**erlaubnisfreier Umzug**)

an den
Landkreis Stendal
Der Landrat
- Straßenverkehrsamt -
Postfach 10 14 55

Anlagen:

- 1.) Übersichtsplan
- 2.) **Verkehrszeichenplan** / bzw. -pläne *) bei notwendigen Straßensperrungen
- 3.) Streckenskizze für den Umzug
- 4.) Sondernutzungserlaubnis des Baulastträgers
- 5.) Nachweis über **Veranstaltungshaftpflichtversicherung**

39554 Stendal

[Eingangsvermerk:]

1. Antragsteller	1.1 Name des Veranstalters:
	1.2 Anschrift (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer):
	1.3 Telefon-Nr.:
	1.4 Telefax-Nr.:
	1.5 Name des Verantwortlichen:
	1.6 Telefon-Nr. des Verantwortlichen (falls abweichend):
2. Allgemeine Angaben	Bei der zu beantragten Veranstaltung handelt es sich um:
	<input type="checkbox"/> 2.1 eine motorsportliche Veranstaltung.
	<input type="checkbox"/> 2.2 eine Veranstaltung mit Fahrrädern (Radrennen / Mannschaftsfahrten / Radmärsche)
	<input type="checkbox"/> 2.3 einen Volksmarsch oder Volkslauf, bei dem mehr als 500 Personen teilnehmen oder das überörtliche Straßennetz (Kreis-, Landes- oder Bundesstraße) beansprucht wird.
	<input type="checkbox"/> 2.4 Umzüge bei Volksfesten u.ä.
3. Angaben zur Veranstaltung	<input type="checkbox"/> 2.5 eine Straßensperrung bzw. Geschwindigkeitsreduzierung infolge einer Veranstaltung auf
	<input type="checkbox"/> 2.5.1 einer Bundes-, Landes- oder Kreisstraße bzw. einer Gemeinde- oder sonstigen Straße außerhalb einer geschlossenen Ortslage
	<input type="checkbox"/> 2.5.2 einer Gemeindestraße oder sonstigen Straße innerhalb einer geschlossenen Ortslage
	3.1 Art und Anlass der Veranstaltung (ggf. Bezeichnung)
konkrete Örtlichkeit:	3.2 Ort (Gemeinde)
Zeitraum:	3.3 von (Datum, Uhrzeit): bis (Datum, Uhrzeit):

4. Bei Umzügen, motorsportlichen Veranstaltungen, Radrennen Märschen usw.

4.1 Zahl der voraussichtlichen Teilnehmer:	4.2 Fahrzeuge:	4.3 Personen:
4.4 Festwagen:	4.5 Musikkapellen:	4.6 Pferde:

- 4.7 Es ist beabsichtigt, während der Veranstaltung Lautsprecher zu betreiben.
- 4.8 Im Rahmen der Veranstaltung wird eine **Ausnahmegenehmigung** entsprechend § 46 Abs. 1 Nr. 11 StVO von den Verboten oder Beschränkungen, die durch **Vorschriftzeichen**, Richtzeichen, Verkehrseinrichtungen oder Anordnungen erlassen sind, beantragt.
- 4.9 Die Absicherung des Umzuges erfolgt durch eigene Kräfte.
- 4.10 Darüber hinaus wird eine Absicherung durch die Polizei beantragt. Die Schwerpunkte der Absicherung sind auf einem gesonderten Blatt (Anlage __) beschrieben und die Notwendigkeit wurde begründet.

4.11 Streckenverlauf

Alle zu benutzenden Straßen und Plätze sind in der **Benutzungsreihenfolge** zu bezeichnen und auf einer beigefügten Lageskizze (Anlage __) farblich kenntlich zu machen:

- 4.12 Eine Kopie der **Versicherungspolice** der Veranstaltungshaftpflichtversicherung habe ich als Anlage __ beigefügt.

5. Bei Straßensperrungen oder Geschwindigkeitsbeschränkungen

5.1 Straßenbezeichnung	von der Veranstaltung betroffene Straße/n (wenn vorhanden mit Klassifizierung), ggf. Beibla. verwenden:
5.2 konkrete Örtlichkeit der Sperrung:	bei Hausnummer bzw. km - von Hausnummer zu Hausnummer bzw. von km zu km:
5.3 Umleitung	Der Verkehr soll umgeleitet werden über:
5.4 Anliegerverkehr	Der Anliegerverkehr wird zugelassen bis:

- 5.5 Der Verkehrszeichenplan ist als Anlage __ beigefügt.

6. Sondernutzungs Erlaubnis des Straßenbaustraßenträgers	Die Erlaubnis des Trägers der Straßenbaulast (bitte ankreuzen)
	<input type="checkbox"/> liegt vor (AZ: _____) und ist als Anlage __ beigefügt. <input type="checkbox"/> wird noch beantragt und nachgereicht bis zum _____.

7. Anmerkungen	Folgende Erläuterungen sollten noch im Rahmen der Beantragung Berücksichtigung finden. Ggf. ist ein Beiblatt (Anlage __) zu verwenden.
-----------------------	--

Erläuterungen zur Beantragung

1. Der Antrag ist mindestens 4 Wochen vor Beginn der Veranstaltung an die **Gemeinde zu richten**, in der die Veranstaltung stattfinden soll. Zweckmäßiger Weise ist der Antrag an die für diese **Gemeinde** zuständige Verwaltungsgemeinschaft (**gemeinsames Verwaltungsamt**) zu senden.
2. Abweichend von dieser Verfahrensweise ist der Antrag an den jeweils zuständigen **Straßenbaulastträger** dann zu senden, wenn es sich um eine **Verkehrsraumeinschränkung** (z.B. **Sperrung** oder **Geschwindigkeitsreduzierung**) auf einer Bundes-, Landes- oder Kreisstraße **ausschließlich** außerhalb geschlossener Ortschaften handelt. Für Bundes- und Landesstraßen ist der Antrag an den Landesbetrieb Bau Sachsen-Anhalt, Niederlassung Nord, Sachsenstraße 11a, 39576 Stendal; für Kreisstraßen an den Landkreis Stendal, Der Landrat, Hoch- und Straßenbauamt, Postfach 10 14 55, 39554 Stendal zu senden.
3. Bitte beachten Sie, dass das vollständige und gewissenhafte Ausfüllen des Formulars sowie das Einreichen aller Anlagen eventuelle Nachfragen und Verzögerungen ersparen kann!
4. Alle notwendigen Anlagen sind dem Antragsformular durchnummeriert beizufügen. Der **Verkehrszeichenplan** hat zu enthalten: den von der Veranstaltung betroffenen Straßenabschnitt bzw. die Abschnitte, die in diesem Straßenabschnitt bereits vorhandenen Verkehrszeichen, **Verkehrsleiteinrichtungen**, die Art und den Umfang der geplanten Veranstaltung, die für die ordnungsgemäße Absicherung des Veranstaltungsortes und für die Verkehrsführung notwendigen Verkehrszeichen und Verkehrsleiteinrichtungen.
5. Bei erlaubnispflichtigen Veranstaltungen nach § 29 Abs. 2 StVO (Umzüge, motorsportliche Veranstaltungen, Radrennen, Märschen usw.) ist der Abschluss einer Veranstaltungshaftpflichtversicherung notwendig. Der Abschluss ist durch das Beifügen einer Kopie der **Versicherungspolice nachzuweisen**.
6. **Ausnahmegenehmigungen** entsprechend § 46 Abs. 1 Nr. 11 StVO von den Verboten oder Beschränkungen, die durch Vorschriftzeichen, Richtzeichen, Verkehrseinrichtungen oder Anordnungen erlassen sind, sind entsprechend Ziffer 4.8 gesondert zu beantragen. Dies kann insbesondere dann der Fall sein, wenn **Veranstaltungsfahrzeuge** gesperrte Straßenabschnitte zu befahren haben. Die Beantragung hat unter Angabe der amtlichen Kennzeichen (nachgewiesen durch Kopie der Fahrzeugscheine – jeweils als Anlage beizufügen) sowie Bezeichnung der Beschränkung (Ort, Verkehrszeichen usw.) zu erfolgen.
7. Sollte im Rahmen von Umzügen eine zusätzliche Polizeiabsicherung notwendig sein (**insbesondere dann, wenn in den fließenden Verkehr eingegriffen werden muss**), ist dies **gesondert** unter Ziffer 4.10 zu beantragen und zu begründen. Es empfiehlt sich zweckmäßiger Weise bereits im Vorfeld **Kontakt** mit der zuständigen Polizeidienststelle aufzunehmen.
8. Sollen im Rahmen von **Straßensperrungen** Umleitungen notwendig sein, so sind entsprechende Umleitungspläne zu erarbeiten und jeweils als Anlage beizufügen.
9. Für die Beschilderung wird empfohlen, eine qualifizierte Fachfirma zu beauftragen.

Veranstaltungserklärung

.....
(Veranstalter)

....., den
(Ort) (Datum)

An
Landkreis Stendal
Straßenverkehrsamt
Postfach 10 14 55

39554 Stendal

Hinsichtlich der von mir beantragten Veranstaltung

.....
(Bezeichnung und Datum der Veranstaltung)

erkläre ich Folgendes:

1. Mir ist bekannt, dass die Veranstaltung eine Sondernutzung im Sinne des § 8 Bundesfernstraßengesetz (FStrG) bzw. § 18 StrG LSA darstellt und ich als Erlaubnisnehmer alle Kosten zu ersetzen habe, die dem Träger der Straßenbaulast durch die Sondernutzung entstehen.
2. Mir ist bekannt, dass der Träger der Straßenbaulast und die Straßenverkehrsbehörde keinerlei Gewähr dafür übernehmen, dass die Straßen samt Zubehör durch die Sondernutzung uneingeschränkt benutzt werden können. Den Träger der Straßenbaulast trifft im Rahmen der Sondernutzung keinerlei Haftung wegen Verletzung der Verkehrssicherungspflicht.
3. Soweit die zuständigen Behörden aus Anlass der Veranstaltung Aufwendungen für besondere Maßnahmen verlangen können, verpflichte ich mich dies zu erstatten.
4. Über den nach der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zu § 29 Abs. 2 Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) für Veranstaltungen vorgeschriebenen Umfang von Haftpflichtversicherungen sowie ggf. notwendigen Unfallversicherungsschutz bin ich informiert. Eine Bestätigung zu dem von der Erlaubnisbehörde verlangten Versicherungsschutz stelle ich zur Verfügung bzw. habe ich bereits zur Verfügung gestellt. Mir ist bekannt, dass ohne eine solche Bestätigung die Erlaubnis nicht erteilt werden kann.

.....
(Unterschrift)

.....
(Name in Druckschrift oder Stempel)

Veranstaltungserklärung

.....
(Veranstalter)

....., den
(Ort) (Datum)

An
Landkreis Stendal
Straßenverkehrsamt
Postfach 10 14 55

39554 Stendal

Hinsichtlich der von mir beantragten Veranstaltung

.....
(Bezeichnung und Datum der Veranstaltung)

erkläre ich Folgendes:

1. Mir ist bekannt, dass die Veranstaltung eine Sondernutzung im Sinne des § 8 Bundesfernstraßengesetz (FStrG) bzw. § 18 StrG LSA darstellt und ich als Erlaubnisnehmer alle Kosten zu ersetzen habe, die dem Träger der Straßenbaulast durch die Sondernutzung entstehen.
2. Mir ist bekannt, dass der Träger der Straßenbaulast und die **Straßenverkehrsbehörde** keinerlei Gewähr dafür übernehmen, dass die Straßen samt Zubehör durch die Sondernutzung uneingeschränkt benutzt werden können. Den Träger der Straßenbaulast trifft im Rahmen der Sondernutzung keinerlei Haftung wegen Verletzung der **Verkehrssicherungspflicht**.
3. Soweit die zuständigen Behörden aus Anlass der Veranstaltung Aufwendungen für besondere Maßnahmen verlangen können, verpflichte ich mich dies zu erstatten.
4. Über den nach der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zu § 29 Abs. 2 **Straßenverkehrs-Ordnung (StVO)** für Veranstaltungen vorgeschriebenen Umfang von **Haftpflichtversicherungen** sowie ggf. notwendigen **Unfallversicherungsschutz** bin ich informiert. Eine Bestätigung zu dem von der Erlaubnisbehörde verlangten **Versicherungsschutz** stelle ich zur Verfügung bzw. habe ich bereits zur Verfügung gestellt. Mir ist bekannt, dass ohne eine solche Bestätigung die Erlaubnis nicht erteilt werden kann.

.....
(Unterschrift)

.....
(Name in Druckschrift oder Stempel)

**Bestätigung der Versicherungsgesellschaft zur Vorlage bei der Straßenverkehrsbehörde
über den Haftpflichtversicherungsschutz für eine Veranstaltung**

(Versicherungsgesellschaft)

(Ort)

den

(Datum)

An

(Name des Veranstalters/Versicherungsnehmers)

(Ort)

Betreff:

(Bezeichnung der Veranstaltung)

am

(Veranstaltungstag(e))

Versicherungsschein- bzw. Mitglieds-Nr.: _____

Bestätigung

Hiermit bestätigen wir, dass im Rahmen und Umfang der oben bezeichneten Versicherung **Versicherungsschutz** für die gesetzliche Haftpflicht privatrechtlichen Inhalts gemäß der Allgemeinen **Verwaltungsvorschrift** zu § 29 Abs. 2 StVO (Randnr. 20-23) für die Vorbereitung und Durchführung der oben bezeichneten **Veranstaltung** besteht.

- Der **Versicherungsschutz** erstreckt sich auch auf alle Risiken im Zusammenhang mit dem Gebrauch von Kraftfahrzeugen und Anhängern. Hiervon **ausgenommen** sind Risiken, die durch Versicherungen nach dem Gesetz über die **Pflichtversicherung für Kraftfahrzeughalter** abzuschließen sind (§ 1 PflVG) oder für die in gleicher Weise und in gleichem Umfang wie beim **Bestehen einer Kfz-Haftpflichtversicherung** einzutreten ist (§ 2 Abs. 2 PflVG).
- Der **Versicherungsschutz** erstreckt sich nicht auf **öffentlich-rechtliche** Ansprüche (wie z. B. straßenrechtliche Erstattungsansprüche).

Individuell gemäß Vertragsinhalt anzupassen (zutreffende Alternative bitte ankreuzen):

Die **Versicherungssummen** betragen je Versicherungsfall

- _____ Euro für Personenschäden (innerhalb dieser **Versicherungssumme** ohne weitere Begrenzung für die einzelne Person), _____ Euro für Sachschäden und _____ Euro für **Vermögensschäden**.
- _____ Euro pauschal für Personen- und Sachschäden (innerhalb dieser **Versicherungssumme** ohne weitere Begrenzung für die einzelne Person) und _____ Euro für **Vermögensschäden**.
- _____ Euro pauschal für Personen-, Sach- und **Vermögensschäden** (innerhalb dieser Versicherungssumme ohne weitere Begrenzung für die einzelne Person).

Die **Höchstersatzleistung** des Versicherers für **alle Versicherungsfälle** anlässlich dieser Veranstaltung beträgt das _____-fache dieser **Versicherungssummen**.

(Unterschrift)

(Name in Druckschrift und/oder Stempel)

(VkB I 2012 S. 730)